

<b>NIEDERSCHRIFT</b>  Stadt Karlsruhe	Gremium:	10. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	27. April 2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

13.

**Punkt 11 der Tagesordnung: Antrag der Stadträtin Bettina Lisbach, der Stadträte Alexander Geiger und Johannes Honné (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 30. März 2010:**

**Fernwärmekonzept**

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 11, Vorlage Nr. 359, zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadtrat Geiger (GRÜNE):** Nachdem wir bei Tagesordnungspunkt 8 sehr konsensual waren - ich hatte es schon vorher gesehen, Herr Høyem hat es angekündigt -, werden wir hier nicht so einfach auf einen gemeinsamen Nenner kommen.

Die Stadtwerke Karlsruhe stehen vor der Entscheidung, eine große Investition zu tätigen. Dieses Engagement wird im Grundsatz sehr unterschiedlich bewertet. 2009 schrieb die Stadtverwaltung auf einen Antrag von uns, der am 19.05. verhandelt wurde, ich zitiere: "... dass die Stadtwerke die technischen Einrichtungen zur Fernwärmeauskopplung finanzieren und über ein 30-jähriges Nutzungsrecht die Möglichkeit haben, Fernwärme und Strom im Kraftwärmekopplungsbetrieb aus dem Kraftwerk zu beziehen. Sie leisten daher einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit und der CO<sub>2</sub>-Bilanz des Kohleblockes." Wir fanden schon damals, dass dies ohne Beleg für den entsprechenden Bedarf der Fernwärmeauskopplung in Karlsruhe Augenwischerei ist. Die klimaschädliche Emission ist da, und die Terminierung für die versprochene Abschaltung der Blöcke in Heilbronn durch die EnBW liegt immer noch nicht vor.

Ziel unseres jetzigen Antrags war es zu erfahren, inwiefern es wirtschaftlich Sinn macht, eine derartig lange vertragliche Bindung einzugehen, und ob der konzeptionelle Unterbau für Fernwärme auch ohne den Bezug aus diesem Kraftwerk tragfähig ist. Wir wissen es nicht. Sie wollen es uns auch nicht verraten mit Hinweis auf die Geschäftsgeheimnisse der Stadtwerke, nicht bevor der Vertrag unterschrieben ist.

**Der Vorsitzende:** Entschuldigung, Herr Stadtrat, ich muss Ihnen ins Wort fallen.

**(Stadtrat Geiger/GRÜNE: Wieso?)**

- Das erkläre ich Ihnen doch! Seien Sie doch ruhig, ganz ruhig bleiben, immer cool bleiben!

(Heiterkeit)

Weil dieses Thema demnächst auf der Tagesordnung des Aufsichtsrats steht. Da ist überhaupt noch nichts entschieden. Sie können nicht hier hinstehen und Dinge in der Öffentlichkeit verbreiten, die so nicht richtig sind.

**(Stadtrat Geiger/GRÜNE: Entschuldigung, wenn Sie mir zugehört hätten, ich habe gesagt, - -)**

- Entschuldigung, ich habe Ihnen zugehört!

**(Stadtrat Fostiropoulos/Die Linke: Er hat das Wort!)**

- Ich ergreife hier das Wort, wann ich will. Ich bin Vorsitzender. Das müssen Sie sich gefallen lassen. Wenn das nicht zur Tagesordnung ist, dann kann ich das nicht zulassen, weil das erst behandelt wird. Und zwar dort, wo es zu behandeln ist, nämlich im Aufsichtsrat. Ich bitte Sie deshalb, zum Antrag zu sprechen.

**Stadtrat Geiger (GRÜNE):** Das tue ich gerade. Ich habe gerade gesagt, ob der konzeptionelle Unterbau für Fernwärme auch ohne den Bezug aus dem Kraftwerk funktioniert. Das ist das Fernwärmekonzept.

**(Der Vorsitzende: Machen Sie weiter!)**

- Danke.

Der Markt für Stadtwerke ist hart und die Investitionsmittel sind knapp. Ca. 6 000 Menschen haben damals Einwände gegen den Bau des Kraftwerks erhoben, Menschen, die dem Energieträger Kohle keine große Zukunftsfähigkeit einräumen. Die Menschen haben den Eindruck, die Stadtwerke und mit ihnen die Stadt Karlsruhe als Hauptgesellschafter wollen die wahren ökologischen Lasten kaschieren und verweigern. Nun verweigern Sie die Dokumente, die belegen könnten, nämlich das Fernwärmekonzept, dass wir die Fernwärme aus RDK 8 tatsächlich brauchen und die Zweifel unbegründet sind.

Meine Damen und Herren Kollegen, das Pfund der Stadtwerke ist das deutlich höhere Vertrauen, das einem lokalen Energieanbieter gegenüber einem Großanbieter entgegengebracht wird. Ist es erst einmal verspielt, wird es sehr schwer, sich zu behaupten. Der Gedanke zum Vertragswechsel braucht häufig nur einen kleinen Anlass. Ich würde es nicht nur traurig, sondern für die KVVH und die Stützung des ÖPNV als bedrohlich empfinden, wenn wegen unwilliger Kommunikationspolitik im Hinblick auf die Fernwärmekonzeption auch nur eine Handvoll Kunden von der Stange gehen sollten.

RDK 8, das offensichtlich mit seiner Auskopplung im Fernwärmekonzept eine große Rolle spielen soll, soll 2012 ans Netz. Ich habe es nicht gewollt, aber jetzt ist er nun einmal da. Mit den Stadtwerken hier einen Betrag - der auch schon vorher öffentlich genannt war - von 75 Mio. € zu investieren, kann man nur verantworten, wenn man Antworten hat. Auch mit den Antworten, das will ich ehrlich dazu sagen, sind unsere Zweifel erst einmal noch nicht weg. Da müssen Sie ordentlich Überzeugungsarbeit leisten. Ohne diese Antworten sieht meine Fraktion das bisherige hervorragende Modell der Nutzung der Industriewärme diskreditiert.

Wir werden deshalb, nachdem wir die Antwort aus der Verwaltung erhalten haben, mit dem Quorum gem. § 24 Abs. 3 der Gemeindeordnung i. V. m. § 51 a Abs. 1 GmbH-Gesetz, wie damals schon bei der Standardisierten Bewertung, die Einsicht in

die Unterlagen verlangen. Das Schreiben wird Ihnen diese Woche noch zugehen. Uns ist klar, dass es dann nicht öffentlich ist, aber zumindest dem Gemeinderat zur Verfügung steht - als Hauptorgan des Hauptgesellschafters. Stellen Sie den Gemeinderäten die notwendigen Unterlagen in Absprache mit den Stadtwerken zur Verfügung. Nur mit dem Wissen um die zwingende Notwendigkeit des langjährigen Bezugs aus diesem Kraftwerk können die Bürgerinnen und Bürger sicher sein, dass es sich hier nicht nur um eine Dienstleistung für die EnBW handelt, sondern um eine Zukunftsinvestition für die Stadtwerke, die dringend notwendig ist für den konzeptionellen Unterbau des Fernwärmekonzeptes.

(Beifall bei den Grünen)

**Der Vorsitzende:** Ich sehe in Ihrem Beitrag einen klaren Missbrauch eines Antrages, den Sie für etwas anderes benutzt haben, um das in aller Deutlichkeit zu sagen. Auch wenn es Ihnen nicht gefällt.

Zweite Bemerkung: Wir haben Ihnen noch nie Unterlagen verweigert, in die Sie einsehen können, die wir auch nichtöffentlichen machen können. Das wissen wir sehr wohl. Es wäre auch töricht von uns, wenn wir das täten. Sie brauchen uns auch nicht unterstellen, dass wir das tun. Um das auch gleich klar zu sagen. Wenn Sie Einblick haben wollen, bekommen Sie Einblick in die Unterlagen.

Immer schauen, wo etwas hingehört: einmal Gemeinderat und einmal Aufsichtsrat. Da muss man immer schön unterscheiden, damit nichts passiert, damit wir rechtlich auf der sicheren Seite sind.

**Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU):** Eigentlich ist der Antwort der Verwaltung nichts hinzuzufügen - eigentlich -, wenn wir nicht in regelmäßigen Abständen von den Grünen mit Anträgen überhäuft und beglückt werden, in denen es letztendlich im Kern allein um die Abgrenzung Kompetenz Gemeinderat und Aufsichtsrat geht.

Auch heute geht es wieder um diesen Punkt. Wir haben in der Debatte 2009, 2008, 2007, 2006 - bis dahin habe ich das einmal im RIS nachverfolgt - immer wieder um diese Abgrenzung, um die Zuständigkeitszuweisungen diskutiert. Ich muss wirklich

sagen, ich verstehe nicht, dass nicht endlich einmal die rechtliche Seite da drüben angekommen ist. Der Gemeinderat ist in den Aufsichtsrat eingebunden. Wir sitzen dort mit entsprechenden Aufsichtsratsmitgliedern. Und, Herr Oberbürgermeister, Sie haben zu Recht gesagt, wir werden umfassend informiert. Wenn wir zusätzliche Unterlagen über die Aufsichtsratsmitglieder hinaus wollen, ist es noch nie verwehrt worden. Die Mitglieder im Aufsichtsrat aus dem Gemeinderat diskutieren dort die Entscheidungen des Unternehmens und legen auch mit die Unternehmensziele fest. Das ist eine der wichtigen Aufgaben. Ich denke, die Grünen können auch nicht bestreiten, dass die Stadtwerke ökologische Ziele strategisch weitsichtig verfolgen.

20 % der Energiegewinnung stammt inzwischen aus regenerativer Energie. Damit sind die Stadtwerke im Vergleich zum Durchschnitt bundesdeutscher Energieerzeuger sehr vorbildlich. Ein Unternehmensziel ist gerade der Ausbau des Fernwärmenetzes. Fernwärme ist komfortabel und umweltschonend. In Karlsruhe heizen bereits jetzt 22 000 Haushalte mit Fernwärme. Die Stadtwerke befinden sich mit der Überarbeitung des Konzepts auf einem guten Weg. Die Fortschreibung - so ist es uns auch bekannt, und Sie dokumentieren das auch in der Antwort der Verwaltung - wird im Aufsichtsrat beraten, und da gehört sie auch hin.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, bitte ich doch, nicht immer wieder den gleichen Weg zu gehen, auch bei dem Antrag Nr. 4, wo es zum wiederholten Male um die Frage geht, die immer negativ beantwortet wird, dass sich die Stadtwerke am RDK 8 beteiligen. Es geht nicht um eine Beteiligung - auch das haben wir schon tausendmal schriftlich dokumentiert bekommen -, sondern um ein finanzielles Engagement für die Auskopplung, eigentlich eine gute Sache, denn dadurch wird deutlich ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit und des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes des Kohlekraftwerks bedingt. Es müsste eigentlich unterstützt werden. Trotzdem wird es immer wieder benutzt, um Ihre ideologischen Ziele zu verfolgen.

Zum Schluss möchte ich sagen, weniger nach dem Motto "Was nicht sein soll, darf nicht sein", sondern immer wieder nach dem Grundsatz "Es ist die Natur des Menschen, zwar vernünftig nachzudenken, aber manchmal unvernünftig zu handeln". Ich wünsche mir, dass die Grünen mehr vernünftig handeln.

(Beifall bei der CDU)

**Stadtrat Marin (SPD):** Ich kann die Ausführungen meiner Vorrednerin durchaus unterstützen, denn nicht immer ist gut gemeint auch gleich gut gemacht. Wir haben heute nicht darüber zu bestimmen, ob RDK 8 gebaut wird. Die Diskussion war an anderer Stelle. Insofern möchte ich auch noch einmal unterstreichen, dass wir da an einem falschen Punkt diskutieren.

Aber auch die SPD-Fraktion hat in der Vergangenheit immer wieder beklagt, dass mit der Änderung der Strukturen bei unseren Eigenbetrieben bzw. Töchtern hin zu den Gesellschaften viele Dinge nicht mehr öffentlich beraten werden können, die aus unserer Sicht in der öffentlichen Diskussion sein sollten. Das ist jetzt eben so. Damit müssen wir auch umgehen. Denn auf der anderen Seite haben wir natürlich durch die Gesellschaften auch entsprechende Vorteile.

Insbesondere im angesprochenen Bereich der umweltfreundlichen Abwärmenutzung, also auch der Fernwärme, kann sich Karlsruhe im nationalen Vergleich mit Sicherheit sehen lassen. Bei dem von den Grünen grundsätzlich in Frage gestellten Fernwärmebezug aus dem RDK 8 sind wir grundsätzlich genauso der Meinung, dass das Wärmen von Wohnungen sicherlich sinnvoller ist als das Aufheizen des Rheins. Die SPD-Fraktion hält den Antrag der Grünen für wenig zielführend, da zum Teil schon Beratungen unter diesen Punkten stattgefunden haben. Weitere Aspekte daraus, wie der Herr Oberbürgermeister vorgetragen hat, werden im Aufsichtsrat passieren. Aus diesem Grund stehen wir auch an der Seite der Verwaltung und stimmen der Verwaltungsantwort zu.

(Beifall bei der SPD)

**Stadtrat Høyem (FDP):** Ich bewundere die klassische Bildung von unseren grünen Kolleginnen und Kollegen. Der Held ist zweifelsfrei der griechische Odysseus. Ihn bewundere ich auch für seine schnelle Intelligenz und seine weit gereisten Erfahrungen. Ich bin nicht ganz sicher, ob unsere grünen Kolleginnen und Kollegen gerade von diesen zwei Eigenschaften beeindruckt sind. Gemeinsam bewundern wir vielmehr seine Erfindung, das Trojanische Pferd. Sie können dieses Pferd in einer lusti-

gen Ausgabe vor unserem Staatstheater genießen. Troja konnte Odysseus so wenig erobern, wie unsere Grünen die Kombilösung stoppen oder unser RDK-8-Kohlekraftwerk verhindern können. Deshalb versuchen sie in allen anderen Zusammenhängen diese Themen wieder und wieder einzubringen.

In diesem Antrag heißt das Trojanische Pferd Fernwärmekonzept. Aber in der Realität ist es ganz einfach noch einmal ein Angriff auf ein hier im Gemeinderat mit klarer Mehrheit beschlossenes Projekt, nämlich das Kohlekraftwerk. Der Antrag ist total überflüssig und vielleicht sogar ein Versuch, in die Betriebsgeheimnisse der Stadtwerke als Trojanisches Pferd einzudringen.

Wir lehnen den Antrag ab, aber wir freuen uns schon auf den nächsten Versuch, trojanische Pferde zu platzieren. Es wird ganz bestimmt eine interessante Odyssee.

(Beifall bei der FDP)

**Stadtrat Dr. Fischer (KAL):** Ich will einen Werbeblock für die Fernwärme vorschalten. Aus den Redebeiträgen meiner Vorrednerinnen und -redner von CDU bis Grüne kann man entnehmen, dass Fernwärme positiv gesehen wird, vor allen Dingen aus dem Grund, weil es eine Abwärme nutzt, die sonst ungenutzt in den Rhein oder die Luft ginge. Ich will es noch ergänzen. Die Fernwärme hat noch einen weiteren großen Vorteil. Sie ist eine der preisstabilsten Energien überhaupt. Ich kann nur jedem raten, der die Chance hat, sich hier in Karlsruhe an Fernwärme anzuschließen, der sollte es tun. Es ist auf jeden Fall günstiger als viele andere Energieträger, insbesondere Erdöl.

Worum geht heute der Streit? Der Streit geht um das hier oft schon aufgetretene Thema, wie geht die Kommunalpolitik mit GmbHisierung der kommunalpolitischen Umgebung um, wenn wichtige Entscheidungen - es sind welche im Antrag genannt - plötzlich in einem nichtöffentlichen Rahmen passieren, die früher in einem öffentlichen Rahmen passiert wären. Beispiel Kombilösung. Da ist es auch so. Es gibt viele andere Beispiele, wo man nicht immer glücklich war, dass Sachen, bei denen meine Fraktion kein Problem hätte, das auch in der Öffentlichkeit zu diskutieren, nur noch in Aufsichtsräten stattfinden. Ich will deswegen versuchen eine Brücke zu bauen

zwischen der Position von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und der geschliffen formulierten, aber doch sehr harten Position meines Kollegen der Grünen.

Ich gehe die Punkte der Grünen einzeln durch - -

(Unruhe, Zurufe)

- Ganz kurz, Sie brauchen keine Sorgen zu haben.

Der Punkt 1 ist genau der Ausdruck dessen, was ich eben gesagt habe: Wie muss eine Fraktion damit umgehen, wenn sie mit der GmbHisierung trotzdem öffentlich etwas erreichen will? Sie sagt, die Stadt Karlsruhe setzt sich in ihrer Rolle als Gesellschafterin für einen bestimmten Zweck ein. Das ist ein Punkt, den man beantragen kann. Der wird auch in der Antwort der Verwaltung keineswegs angegriffen.

Der Punkt 2 ist eben das detaillierte Beschreiben, welche Fragestellungen damit gemeint sind. Ich muss ganz offen sagen, die Fragestellungen sind absolut sinnvoll. Es sind genau die Fragen, die sich auch die Stadtwerke stellen müssen, bevor sie irgendetwas im Bereich Fernwärme tun. Allerdings, und das gibt die Antwort wieder, sind die Stadtwerke auch schon allein auf diesen Trichter gekommen und sind schon dabei, das in dieser Richtung zu hinterfragen. Das wiederum können aber die Grünen nicht wissen. Das wusste ich auch nicht - das sage ich jetzt als Aufsichtsratsmitglied der Stadtwerke -, weil das nämlich dort so genau noch gar nicht vorgestellt wurde. Okay, es hat sich damit sozusagen erledigt, aber das wusste man vorher nicht.

Bei Punkt 3 des Antrags, dass das öffentlich beraten wird, da kommt dann der Widerspruch von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dass damit Betriebsgeheimnisse möglicherweise verraten werden. Ich sehe das bei bestimmten Punkten sicherlich auch. Aber nicht jede der Fragestellungen in einem Fernwärmekonzept wäre ein Betriebsgeheimnis, insbesondere bei einem Fernwärmekonzept. Denn es gibt hier zu dem Monopol Fernwärme, das wir mit unseren Stadtwerken verteilen, keinen Konkurrenzanbieter, der einen Vorteil davon hätte. Es wäre etwas anderes, wenn wir über unsere Kalkulation der Erdgasgeschichten oder des Stroms reden würden. Da



würde ich das Problem massiv sehen. Aber bei Fernwärme, da kein anderer die Fernwärme verkaufen kann, weil wir das Netz haben, wäre es jetzt nicht so, dass man dort bestimmte Punkte nicht auch einmal in der Öffentlichkeit vorstellen könnte. Ich sehe das wiederum als Werbeblock, weil die Fernwärme eine der besten und preisstabilsten Energien ist.

Punkt 4 des grünen Antrags: Da jetzt die Aufsichtsratssitzung nicht stattfindet, wird es wahrscheinlich automatisch sowieso so sein.

(Beifall bei der KAL)

**Stadtrat Wenzel (FW):** Ich möchte meinem Stadtratskollegen Dr. Fischer danken. Er hat nämlich hier etwas angesprochen, was uns, die Freien Wähler, betrifft, wahrscheinlich auch Kollege Kalmbach und die PDS.

(Zurufe, Heiterkeit)

- Tut mir leid, die Linken! Ja, die Zeit vergeht heutzutage so schnell, das kann man nicht mehr alles mitbekommen.

(Heiterkeit, anhaltende Unruhe und Zurufe)

- Aber man muss das doch etwas auflockern, so kurz vor Schluss.

Wir haben keine Mitglieder im Aufsichtsrat der Stadtwerke. Deshalb bedanke ich mich auch bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dass Sie uns zugesagt haben, Einblick in diese Unterlagen zu bekommen. Denn für uns ist es natürlich schwierig, wenn da etwas passiert, bei dem wir weder entscheiden noch Einfluss noch sonstiges haben. Deshalb denke ich, Ihre Zusage kann ich ernst nehmen und werde sie wahrscheinlich auch in Anspruch nehmen.

**Stadtrat Kalmbach (GfK):** Mein Eindruck ist der, dass hier eine alte politische Entscheidung noch nicht verarbeitet worden ist - von Kollegen der Grünen und auch von anderen. Ich glaube, das ist einfach ein Schmerzpunkt für Sie. Das kann ich verste-

hen. Es wurmt und es wirkt nach, und jetzt zu akzeptieren, dass die Fernwärme vom RDK 8 nicht böse ist, sondern für etwas Gutes verwandt werden kann, diesen Schatten zu überspringen, das ist ein großer Sprung. Ich gebe dem SPD-Mann hier Recht. Fernwärme ist in der Tat besser als den Rhein zu heizen. Insofern ist es einfach eine Frage, wie geht man mit politischen Niederlagen um. Ich möchte Sie an dieser Stelle ermutigen, diesen alten Schmerzpunkt zu überwinden und neu konstruktiv mitzuarbeiten.

(Vereinzelter Beifall)

**Stadträtin Lisbach (GRÜNE):** Ich möchte jetzt doch noch einmal zu ein paar Punkten Stellung nehmen, die hier angesprochen wurden. Selbstverständlich bemängeln wir immer wieder die mangelnde Transparenz, die gegeben ist, wenn man die Entscheidungen im Wesentlichen in Aufsichtsräten fällt. Es steht uns auch durchaus zu - deshalb bedanke ich mich auch für die differenzierte Stellungnahme des Kollegen Fischer -, das auch immer wieder anzuprangern und hier auch einzufordern, was uns möglich ist. Wenn denn der politische Wille hier da wäre, könnte man hier auch eine ganze Menge erreichen, indem wir im Gemeinderat der Stadt in ihrer Rolle als Gesellschafterin Aufgaben auftragen. Natürlich versuchen wir das immer wieder. Wir werden das auch weiterhin immer wieder versuchen. Das sehen wir auch als Teil unserer politischen Aufgabe hier an.

Zum Kollegen Kalmbach: Es sind zwei verschiedene Punkte, die wir hier ansprechen. Das eine ist in der Tat - das haben wir auch in der Antragsbegründung formuliert -, dass wir die Beteiligung, oder wie auch immer Sie das nennen wollen, ohnehin kritisch sehen. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die aufgeworfenen Fragen hier beziehen sich auf etwas anderes, nämlich auf die Wirtschaftlichkeit dieser Beteiligung. Da haben wir jetzt schon sehr wohl den Eindruck, dass hier noch sehr viel ungeklärt und offen ist. Ich würde sagen, das geht auch, obwohl die Verwaltung sich hier auf die Geschäftsgeheimnisse beruft, aus der Antwort der Verwaltung hervor. Dieses Fernwärmekonzept ist offensichtlich in Arbeit - wir haben es übrigens auch immer wieder eingefordert -, aber es liegt ja noch nicht vor.

Was hier auch aus dieser Antwort hervorgeht, ist, dass offenbar an demselben Tag, an dem über die Beteiligung dann entschieden werden soll, dieses Konzept erst auf den Tisch kommt. Es ist ja, das muss man auch sagen, kein Einzelfall bei dem, was in den Aufsichtsräten passiert. Da mache ich mir schon ein bisschen Sorgen, auf welcher Grundlage hier Entscheidungen getroffen und gefällt werden. Bei solchen Investitionen, um die es hier geht - hier geht es, zumindest ist es das, was ich aus der Öffentlichkeit weiß, um 75 Mio. € -, muss man sich schon fragen, braucht man nicht vielleicht ein paar Wochen, um noch einmal ein Konzept zu prüfen, um Entscheidungen zu hinterfragen, um sie vielleicht auch einmal auf einer etwas breiteren Basis zu diskutieren. Das sehen wir in diesem Fall einfach nicht gegeben. Deswegen machen wir uns tatsächlich Sorgen, dass hier eine wirtschaftlich relevante Entscheidung in einer enormen Größenordnung getroffen wird, die dann doch nicht so qualifiziert ist, wie man das eigentlich hier erwarten sollte.

Deswegen unser Antrag hier. Wir meinen schon, dass hier einiges durchaus auch in die Öffentlichkeit getragen werden muss, wenn es um so gewichtige Entscheidungen geht. Diese Möglichkeit würde bestehen, wenn der politische Wille dafür da wäre.

(Beifall bei den Grünen)

**Der Vorsitzende:** Jetzt kommen gleich mir die Tränen ob der vielen Krokodilstränen zur mangelnden Transparenz, die hier vergossen werden. Das muss ich Ihnen auch einmal ganz offen sagen.

(Vereinzelter Beifall)

Sie stellen dieses Outsourcen so hin, als ob alles an Ihnen einfach vorbeigeinge. Das stimmt nicht! Ich sage Ihnen als Beispiel dazu:

- das öffentliche Versorgungskonzept, im Gemeinderat diskutiert, nicht innerhalb der Stadtwerke,
- das KEK, im Gemeinderat diskutiert.

Das sind Beispiele. Das sind auch kommunale Aufgaben, die wir diskutieren. Aber die Frage der Wirtschaftlichkeit einer Investitionsmaßnahme, gar unter Beteiligung eines Dritten - entschuldigen Sie bitte, das ist Angelegenheit der Gesellschaft und zwar in nichtöffentlicher Sitzung. Dafür hat man den Aufsichtsrat, der das Unternehmen kontrolliert. Dort sind genau Sie mit Ihrer Fraktion auch vertreten. Dann brauchen Sie hier nicht die Krokodilstränen weinen, dass hier mangelnde Transparenz wäre. Das kann ich einfach so nicht stehen lassen.

(Beifall)

Das wird zwar immer wieder behauptet, aber das wird durch häufiges Wiederholen nicht richtiger! Wir müssen die Dinge da lassen, wo sie sind. Sie bekommen alle Auskünfte, die Sie wollen - kommunalrechtlich auch so vorgeschrieben, das können wir anders gar nicht machen. Und in diesem Rahmen, was gesetzlich vorgeschrieben ist, bekommen Sie die Auskünfte. Der Gemeinderat bekommt die, die ihm zustehen und der Aufsichtsrat bekommt die, die ihm zustehen. Punkt! So einfach ist es. So einfach wird es gehandhabt. Wir würden auch gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen, wenn wir nicht so verfahren würden.

**Stadträtin Baitinger (SPD):** Nur ganz kurz: Zum einen bin ich etwas befremdet über den Redebeitrag der Kollegin Lisbach, zu behaupten, es gäbe kein Fernwärmekonzept. In der Antwort steht "... arbeiten derzeit bereits an der Fortschreibung ihres Fernwärmekonzepts. " Man kann aber nur etwas fortschreiben, was es schon gibt. Also müsste man sich nur das bestehende Fernwärmekonzept, das vermutlich in der Energieberatungsstelle ausliegt oder sonst wo öffentlich zugänglich ist, besorgen und könnte da hineinschauen. Denn es ist völlig klar, dass der Ausbau der Fernwärme um 30 % nicht zufällig oder in chaotisch-anarchischen Prozessen stattgefunden hat, sondern natürlich geplant war. Und eine Planung nennt man Konzept, und das gibt es. Das gibt es schon lange.

Die Fortschreibung auf der Basis der Auskopplung von RDK 8 haben wir hier mehrfach beschlossen. Es steht hier bereits auch drin, Ihr Antrag ist vom 14.04.2009, keine Auskopplung aus RDK 8, ist von der Mehrheit dieses Gemeinderats abgelehnt worden. Das Gleiche wird jetzt hier wieder verlangt - habe ich gedacht. Bis zu Ihrer

Wortmeldung. Da kam jetzt allerdings etwas ganz anderes, nämlich eine Sache, die noch nirgends beraten wurde, noch nicht einmal im Aufsichtsrat. Das finde ich befremdlich, wenn man mit Zahlen argumentiert, die nirgends stehen und sich auf einen Vorgang beruft, zu dem niemand hier im Haus auch nur eine schriftliche Vorlage hat. Es sind Mutmaßungen. Und auf Mutmaßungen Diskussionen aufzubauen oder gar Anträge, finde ich abwegig und außerdem eine gewisse An-der-Nase-Herumführung aller anderen, die meinen, dass das, was man hier diskutiert, auf der Basis dessen passiert, was da steht und nicht auf dem Hintergrundwissen, das Sie jetzt mit besagter Zahl von 75 Mio. € unterstellt haben. Darüber können wir nicht diskutieren - ich jedenfalls nicht, weil ich nichts darüber weiß, und ich diskutiere nicht über Dinge, von denen ich nichts weiß.

(Zuruf: Haushaltsrede!)

- Das ist nicht die Haushaltsrede von Frau Mergen!

(Zuruf **Stadträtin Lisbach/GRÜNE**)

Dann noch ein dritter Punkt: Immer, wenn ich diese Anträge lese, habe ich das Gefühl, dass die grüne Fraktion der Meinung ist, die Fernwärme in Karlsruhe käme nur aus industriellen Ablagen, ungleich Wärmekraftwerken. Dem ist aber nicht so. Unsere Fernwärme kommt aus RDK 7. Und wenn RDK 7 nicht mehr läuft, dann kommt es eben aus RDK 8. Das ist das ganze Geheimnis. MiRO und industrielle Fernwärme gibt es noch gar nicht. Alles das, was wir hier als Fernwärme in dieser Stadt haben, ist Kohleverbrennung. Wir müssten sofort alle Fernwärme hierzulande einstellen, wollte man keine Kohleverbrennung. Das sollte man doch einmal zur Kenntnis nehmen.

Mein letzter Punkt, die Transparenz. Wir kritisieren die auch. Die betrifft nämlich auch andere Bereiche. Da ist es ärgerlich. Es sind z. B. die Tarifentscheidungen. Tarife hochsetzen, Tarife absenken, sei es Gas, sei es Straßenbahn, sei es Strom, findet natürlich in nichtöffentlicher Sitzung statt, war früher im Gemeinderat. Das ist ein Mangel an Transparenz, der der Gesellschaftsform geschuldet ist. Das ist es, was Kollege Marin gesagt hat und ich noch einmal betonen will. Es ist sehr bedauer-

lich, dass wir einige Bereiche haben, an denen die Öffentlichkeit sehr interessiert ist und die heute nicht mehr öffentlich stattfinden.

(Beifall bei der SPD)

**Stadträtin Lisbach (GRÜNE):** Ich möchte mich nur gegen den Vorwurf wehren, hier aus nichtöffentlicher Sitzung zu plaudern. Das habe ich bestimmt nicht getan. Diese Zahl stand schon mehrmals in der Zeitung. Sie wurde auch von Frau Bürgermeisterin Mergen in ihrer Haushaltsrede erwähnt. Auf diese Zahl beziehe ich mich. Vielleicht ist sie mittlerweile auch überholt. Aber das ist mein letzter Kenntnisstand.

(Unruhe)

**Erste Bürgermeisterin Mergen:** Tatsächlich, diese Zahl steht in den Investitionsplänen der Stadtwerke, die wir Ihnen mit der Haushaltseinbringung vorgelegt haben, insofern tatsächlich kein Geheimnis.

Ich möchte auch noch einmal ein paar Ausführungen machen zum Thema Fernwärme, denn gerade aktuell haben wir wieder eine Fachmesse hier in Karlsruhe, WTT-Expo und die AGFW. Dort beschäftigen sich fast 4 000 Experten heute, morgen und übermorgen, u. a. mit Chancen der Fernwärme.

Sie wissen wahrscheinlich, dass Karlsruhe sich auch deswegen der Fernwärme verpflichtet fühlt, weil wir eine der ersten Städte waren, die überhaupt Fernwärme installiert haben, damals ausgehend vom Schloss. Bereits im 19. Jahrhundert kam der Gedanke, das Schloss mit Fernwärme zu versorgen, sehr innovativ. Das gab es kaum in anderen Städten. Wir haben die Fernwärme in den vergangenen Jahren sukzessive ausgebaut. Die Zahlen wurden genannt. Wir haben inzwischen 30 % der Wohnungen und insgesamt 26 000 Haushalte, die wir an die Fernwärme anschließen konnten, und nicht nur Wohnungen, sondern auch sehr viele zentrale Gebäude, wie beispielsweise Verwaltungsgebäude im Bereich des Schlosses oder auch Universität etc.

Dieses alles wäre nicht möglich ohne RDK. Denn wie es gerade auch von Frau

Baitinger gesagt wurde, ein Großteil dieser Fernwärme beziehen wir heute aus dem RDK 7, nämlich 75 %. Die darüber hinaus gehende Fernwärme produzieren wir in unserem Heizkraftwerk West, im Heizkraftwerk am Ahaweg und in der Waldstadt, je nach Temperatur und Bedarf. Das heißt, wenn wir allein den heutigen Zustand auch morgen weiterführen wollen, müssen wir darüber nachdenken, ob RDK 7 oder dann das modernere RDK 8 der richtige Lieferant ist.

Wir bauen die Fernwärme weiter aus, das wissen Sie. Das wissen Sie auch aus anderen Gremien und Ausschüssen, beispielsweise die Auskopplung von der MiRO. Sie haben das gelesen, das wurde auch kürzlich in der Presse berichtet. Wir haben hier eine neue Möglichkeit, einen kleinen Teil der Fernwärme für uns zu generieren, aber nicht 100 %. Schätzungsweise 25 % der Fernwärme können wir demnächst von der Abwärme der MiRO in die Stadt leiten. Hierzu bauen wir mit gehörigem Aufwand - 30 Mio. € - die Verbindung zwischen der MiRO und dem Heizkraftwerk West, wird im Moment fertiggestellt bzw. ist in der intensiven Bauphase. Wir haben von dort bereits eine weitere Fernwärmeleitung mit 11 Mio. € angebunden. Sie merken, das sind große Investitionen. Dort werden die Konversionsflächen in Knielingen und Neureut angeschlossen.

Stand heute haben wir projektiert - gemeinsam mit VOLKSWOHNUNG - 1 000 Wohneinheiten, 3 000 Menschen. Wir hoffen, dass sich noch mehr anschließen werden. Deswegen werbe ich auch hier für alle die, die an dieser Strecke liegen, die Fernwärme zu nutzen, denn die Fernwärme - auch das klang an - ist erstens CO<sub>2</sub>-arm, zweitens kostengünstig - die Heizölpreise steigen schon wieder - und damit verlässlich. Es ist eine der wenigen Energiemöglichkeiten, die wir hier in Karlsruhe produzieren und verbreiten können. Erinnern Sie sich bitte an die Diskussion vor 2, 3 Jahren, wie abhängig wir von anderen Energiearten, beispielsweise Gas sind. Ich denke, das ist ein Riesenstandortvorteil für unsere Wohnungen, aber auch für unsere Unternehmen.

Wir bauen aber nicht nur Knielingen und Neureut aus. Sie wissen auch, wir bauen an der Ludwig-Erhard-Allee die Fernwärme aus. Wir haben in Karlsruhe-Südost potentielle Baufelder oder auch das neueste Gebäude, was jetzt auch bei uns mit versorgt wird. Das ist das so genannte Green Building, das vermutlich energetisch mo-

dernste Bürogebäude, der BGV, der jetzt gerade renoviert wird, 70er Jahre Bau, der ebenfalls von Stadtwerken mit modernen Technologien ausgestattet wird. Das möge Ihnen ein bisschen Beruhigung sein, dass wir weiterhin die Fernwärme ausbauen wollen, weil wir davon überzeugt sind, weil sie uns als Stadt guttut, klimatisch, energetisch. Dafür brauchen wir auch mittelfristig einen Lieferanten, um diese Menge an Fernwärme zu produzieren. Damit werden wir uns im Aufsichtsrat beschäftigen, ob nun RDK 7 oder RDK 8 oder irgendwelche ganz anderen Ideen, die ich zumindest im Moment noch nicht habe.

(Beifall)

**Der Vorsitzende:** Meine Damen und Herren, das waren die Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 11.

Ich frage die Antragsteller: Bestehen Sie auf Abstimmung? Wir empfehlen Ihnen Ablehnung, denn das muss alles zunächst in den Aufsichtsrat kommen. - Okay, keine Abstimmung.

**Beschluss:** Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

**Verteiler**

Ratsinformationssystem  
Stadtwerke Karlsruhe GmbH  
Zum Gemeinderatsprotokoll  
Zu den Akten

HA - Sitzungsdienste -  
10. Juni 2010